

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Amtsblatt des Königl. Bezirksgerichts und des Rathes der Stadt Leipzig.

N^o 269.

Sonntag den 26 September.

1869.

Den Herren Stadtverordneten

Bringe ich zur Kenntniß, daß der Rath beschlossen hat, die durch Abgang des ersten Maschinisten der hiesigen Wasserleitung freigewordene Stelle dem zeitherigen ersten Maschinisten bei der Magdeburger Wasserkunst, **M. Vage**, unter den bisher an die Stelle geknüpften Bedingungen, 450 fl jährlicher Gehalt, freie Wohnung, Beleuchtung und Feuerung, so wie 20 fl Uebersiedelungskosten, vom 1. November d. J. ab zu übertragen.

Der Rath ersucht um Ihre Zustimmung hierzu und werde ich Ihre Erklärungen mittels Umlaufs von Ihnen einholen.
Leipzig, den 25. September 1869. Anschütz, Vorsteher.

Berichtigung.

In der in der ersten Beilage zu Nummer 263 des Leipziger Tageblattes zum Abdruck gebrachten Liste unter I. der im Termine Michaeli 1869 ausgelosten Landrentenbriefe sind zwei Druckfehler enthalten, indem in der Landrentenbriefklasse Lit. A. zu 1000 Thlr. Capital die nach der Nummer 9781 folgende Nummer nicht 9849, sondern 9848 und in der Rentenbriefklasse Lit. B. zu 500 Thlr. Capital die nach der Nummer 9907 folgende Nummer nicht 10,110, sondern 10,100 heißen muß.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Den diesjährigen preussischen Herbstmanövern wird beinahe allgemein eine weit über den gewöhnlichen Bereich dieser Uebungen hinaus greifende Rückwirkung beigegeben. Außer der Erprobung der Kriegstüchtigkeit der Truppen überhaupt handelte es sich bei denselben vorzugsweise noch um die Beurtheilung der Zweckmäßigkeit der bei der preussisch-norddeutschen Armee seit 1866 weiter entwickelten Gefechtsformen, wie der seitdem neu in Aussicht genommenen Bestrebungen und Aufgaben, unter denen die für die Reiterei ins Auge gefaßte neue Verwendung die erste Stelle einnimmt. Zugleich waltete hierin zwischen der genannten Armee und beinahe allen anderen größeren Armeen eine Differenz ob, denn während man im Auslande nahezu übereinstimmend eine größere Reiterwirkung schlechterdings als mit der Einführung der Hinterladungsgewehre abgeschlossen betrachtete, war preussischerseits der entgegengesetzte Standpunkt so entschieden eingenommen und festgehalten worden, daß bei der Organisation der norddeutschen Armee eine Vermehrung der Cavallerie um zusammen 150 Escadrons stattgefunden hat. Die preussische Auffassung ging dabei von dem Gesichtspuncte aus, daß nur die Vereinigung des Haupttheils der Cavallerie in große Reitercorps oder größere Divisionen der gegenwärtigen Art der Kriegführung nicht mehr entspräche, und daß auf diesen Umstand die geringe Wirksamkeit der Reiterei in den letzten Kriegen nahezu ausschließlich zurückgeführt werden mußte. Als eine sachgemäße neue Verwendung der Cavallerie ward dafür die Zuthheilung derselben in Brigaden von 2 oder 3 Regimentern zu den einzelnen Infanteriedivisionen in Vorschlag gebracht worden. Die Ausführbarkeit und der Erfolg dieser Idee wurde jedoch im Auslande beinahe durchgehends bezweifelt, wogegen aber der Ausfall der letzten Manöver eine so hohe Ausbildung der preussischen Cavallerie documentirt haben soll, um mindestens die Möglichkeit dieser preussischerseits beabsichtigten Reiterwirkung unbedingt zugeben zu müssen. Theilweise ist dies auch bereits geschehen, und es darf ein Nachsehen der fremden Armeen, es Preußen auch in dieser neu eröffneten Beziehung nachzuthun, als nahezu gewiß angenommen werden.

Badens Eintritt in den Norddeutschen Bund für eine nicht ferne Zeit wird in den Zeitungen neuerdings mehrfach besprochen. Es fragt sich vor Allem, was Regent und Regierung von Baden wirklich zu thun gesonnen sind. Nach den letzten, allem Anscheine nach glaubhaften Nachrichten aus Karlsruhe wollten sich Beide keiner Zurückweisung aussetzen, bevor nicht Garantien, daß der Antrag auf den Eintritt in den Bund jetzt eine bessere Aufnahme finden würde, im Voraus gegeben wären. Die Sprache der ministeriellen Presse, auch der „Neuen Preuß. Btg.“, läßt nicht annehmen, daß solche Garantien preussischerseits in dem gegenwärtigen Moment ohne Weiteres leicht gegeben werden dürften. Es ist in diesem Augenblicke sogar noch nicht einmal ausgemacht, daß selbst auch nur die badischen Stände ihre Beschlüsse und Anträge vom Mai und September 1867 erneuern werden, so lange

die bezeichneten Zusicherungen eines besseren Gelingens, einer thatsächlichen Verwirklichung der in Baden gehegten nationalen Wünsche nicht gegeben werden können. Das thatsächliche Verhältniß ist danach ziemlich klar festgestellt. Es läßt sich nicht verkennen, daß die Stellung der badischen Regierung eine sehr schwierige ist und die Politik, die den Süden gänzlich sich selbst überläßt, auch einmal auf den Nordbund ungünstig zurückwirken könnte. Daher auch wohl der verbreitete Wunsch, daß in der deutschen Frage irgend ein Schritt geschehen möge, obgleich die Mittel, dem ohne Zweifel vorhandenen Bedürfniß in dem gegenwärtigen Moment gerecht zu werden, nicht sogleich ersichtlich sind. Wird ein Antrag auf den Eintritt Badens in den zu Karlsruhe eröffneten Kammern nach einiger Zeit gestellt, so wird auch in dem wahrscheinlichen Falle der Vertagung die dadurch hervorgerufene Debatte zu der Klärung der einschlagenden Fragen wenigstens beitragen. Die national gesinnten Parteien sowohl in den preussischen und deutschen Kammern wie in der Presse, den nächsten norddeutschen Reichstag einbezogen, werden die badische Regierung in ihrem Ausharren ermutigen, und so wird die Anregung der Sache vielleicht doch nicht ganz vergeblich gewesen sein. Am ängstlichsten soll übrigens auch jetzt wieder vor einiger Zeit Herr v. Dalwigk sich gezeigt haben. Bei einer ähnlichen Gelegenheit hatte dieser Herr vor etwa zwei Jahren bekanntlich mit berechneter Naivetät in Wien angefragt, was man dort wohl zu dem Eintritt Darmstadts in den Nordbund sagen würde, worauf Herr v. Beust feierlich und vieldeutig wie ein Orakel auf den Prager Frieden verwies. Dieses Mal wird der hessische Premier eine solche Anfrage wohl für überflüssig halten.

Der soeben zusammengetretene Landtag des Großherzogthums Baden zählt in seiner 2. Kammer 63 Abgeordnete, von denen 53 unbedingt zur national-liberalen Richtung zu rechnen sind. Von den 63 Abgeordneten haben 40 bereits in den früheren Landtagen functionirt und sind weder durch das Voos, noch durch freiwilligen Austritt, noch durch den Tod ausgeschieden worden. Zur Wiederergänzung der 2. Kammer haben nur 23 Wahlen stattgefunden, von denen eine (Freiburg, St. Peter) zur Zeit noch aussteht.

Die New-Yorker Handels-Zeitung bricht in folgende Klagen aus: Kaum anderthalb Jahre sind verflossen, seit wir jubelnd die schwarz-weiß-rothe Flagge als das Symbol der Macht unseres theuren Vaterlandes in diesen Spalten begrüßten. Das Schwarz-Weiß-Roth, sagten wir damals, ist uns nicht die Fahne des Norddeutschen Bundes, sondern des ganzen deutschen Reiches. Wir erblicken in der neuen Fahne das Symbol der Macht, und diese liegt uns besonders am Herzen, denn die Deutschen im Auslande haben den Fluch der Dymnastie tiefer und schmerzlicher empfunden als die daheim.... Seit einiger Zeit bemerken wir jedoch zu unserer großen Verwunderung, daß viele Dampfer der Hamburger und Bremer Linien eine uns neue, keineswegs schöne Flagge führen, und erfahren auf Befragen, daß dies die Bundes-Postflagge (die königliche Kriegsflagge mit dem fast vergessenen Post-